

In Birsfelden

Nr. 6 / Mai 2016

Herausgeber: SP Birsfelden

Inhalt

Bildungspolitik am Scheideweg



Was geschieht mit den Birsfelder Schulen, wenn die Schulharmonisierung scheitert?

2

Roman Brunner analysiert.

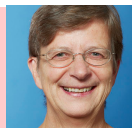
12 Jahre Schulratspräsidentin



Ein weiterer Rückblick: Regula Hunziker Lenzin zieht nach 12 Jahren im Schulrat Bilanz.

3

Bildungschaos



Regula Meschberger erklärt, weshalb die Bildung nicht politisiert werden darf.

4

Pragmatisch und kreativ



Kolumne von Barbara Ortega

4



Bildung: Die Grundlage der Gesellschaft

Die Bildung ist ein wichtiger Pfeiler jeder Gesellschaft. Nur durch sie kann sich diese weiterentwickeln, aber auch bestehende Strukturen hinterfragen. Diese Grundlage darf nicht verpolitisiert werden und muss für alle zugänglich sein, um die Chancengleichheit zu wahren. Leider werden in finanziell knappen Zeiten bei der Bildung Mittel gestrichen und Leistungen abgebaut.

Obwohl sich das Baselbieter Volk bereits für die Harmonisierung des Bildungssystems ausgesprochen hat, kommen am 5. Juni 2016 erneut Initiativen zur Abstimmung, die die Schulharmonisierung wieder abschaffen möchten.

Wir möchten verhindern, dass ein Bildungschaos entsteht und setzen uns weiterhin für eine qualitativ hochstehende Bildung für alle ein. Dafür sorgen auch unsere Vertreterinnen im Schulrat.

Ihre SP Birsfelden

SP

Bildungspolitik am Scheideweg

Die Schulharmonisierung droht zu scheitern. Der Landrat möchte mehr Kompetenzen im Bildungsbereich. Was bedeutet das für die Schulen von Birsfelden?

Am 5. Juni kommen zwei für die zukünftige Bildungspolitik im Kanton Baselland wegweisende Vorlagen zur Abstimmung. Beide Vorlagen verlangen eine Änderung des Bildungsgesetzes. Die Kompetenzen des Bildungsrates, nämlich die Verabschiedung der Lehrpläne und Stundentafeln, werden ein weiteres Mal (nachdem das Volk diese 2011 deutlich bestätigt hatte) in Frage gestellt.

Im Zentrum der Vorlagen stehen der Lehrplan 21, seine Einführung und die damit verbundenen Stundentafeln. Dass eine Harmonisierung des Bildungswesens – in ihren Grundzügen absolut sinnvoll, unbestritten und von der Bevölkerung unterstützt – für alle beteiligten Kantone grössere Änderungen mit sich bringen würde, liegt bei unserem über Jahrzehnte gewachsenen föderalistischen System, bei dem die Bildungshoheit bislang bei den Kantonen lag, in der Natur der Sache.

Genau diese Tatsache – eine grössere Veränderung bedingt durch die Schulharmonisierung – nutzen die Initianten, um erneut eine Kompetenzverschiebung vom Bildungsrat zum Parlament zu fordern. Scheinbar mutet sich der Landrat mehr Sachkompetenz als dem von ihm selbst gewählten Fachgremium, dem Bildungsrat, zu.

Der Bildungsrat setzt sich aus Vertretungen der politischen Parteien, der Schulen, der Wirtschaft, der Bildungsdirektion und der Kirche zusammen und ist somit breit abgestützt und vom Parlament gewählt. Er bildet ein fachliches Beratungsgremium der Bildungsdirektion und verab-

schiedet Lehrpläne und Stundentafeln.

Was würde eine Annahme der Initiativen „Einführung Lehrplan 21“ und „Verzicht auf kostentreibende Sammelfächer“ für Birsfelden bedeuten?

Die Kompetenz, abschliessend über Stundentafeln und Lehrpläne zu beschliessen, wird vom Bildungsrat zum Parlament verschoben. Die Planungssicherheit für unsere Schulen verschwindet, weil endlose Debatten im Landrat zu einer Politisierung der Bildung führen würden, obwohl der durchschnittliche Milizparlamentarier mit der Komplexität der Bildungsvorlagen bereits heute überfordert ist.

Die Vergleichbarkeit der kantonalen Schulsysteme, ein entscheidender Vorteil einer harmonisierten Bildungslandschaft, ist nicht mehr gewährleistet. Für Zu- und Wegzuger/innen ein Alptrium, weil am neuen Wohnort andere Fächer unterrichtet werden und andere Lehrpläne gelten.

Dies gilt es auf jeden Fall zu verhindern, damit unsere Bevölkerung auch in Zukunft auf ein zeitgemässes und anpassungsfähiges Schulsystem zählen kann.

Die Erwähnung und Stärkung der Brückenangebote im Bildungsgesetz durch die Initiative

„Bildungsqualität auch für schulisch Schwächere“ bietet genau diese Anpassungsfähigkeit und wurde vom Landrat ohne Gegenstimme gutgeheissen.

Roman Brunner, Landrat

Lehrplan 21

Der Lehrplan 21 ist der erste gemeinsame Lehrplan für die Volksschulen der 21 deutsch- und mehrsprachigen Kantone. Er dient der Umsetzung der Schulharmonisierung (Artikel 62 der Bundesverfassung). Jeder Kanton entscheidet gemäss den eigenen Rechtsgrundlagen über die Einführung im Kanton. Er dient als Grundlage für die kantonalen Lehrpläne, in Baselland für den Lehrplan der Volksschule.



12 Jahre Präsidentin des Schulrats Birsfelden

Auch in dieser Ausgabe blickt ein SP-Mitglied auf eine langjährige Tätigkeit für Birsfelden zurück. Regula Hunziker Lenzin ist seit 12 Jahren Präsidentin des Schulrats Birsfelden und übergibt diesen wichtigen Posten auf die neue Legislatur an eine neue Person.

Der Schulrat (SR) ist als Behörde der Schule übergeordnet und als Kollegial-Behörde dem Gemeinderat gleichgestellt und, ausser in finanziellen Belangen, unabhängig. Letzteres führt immer wieder zu Diskussionen, wie z. B. beim Zustand der Schulhausbauten und bei durch die Gemeindeversammlung genehmigten, aber vom Gemeinderat blockierten, Ausgaben.

Das Besondere am SR Birsfelden ist, dass er für Kindergarten, Primar-, Sekundar- und Musikschule zuständig ist. Nur Reinach hat dasselbe System. Trotz der hohen Arbeitsbelastung hat es viele Vorteile: Synergien können direkt genutzt werden, wie dies bei Projekten im Bereich der neuen Medien geschehen ist. Dazu kommt, dass keine Schweigepflicht-Barrieren

nach dem Übertritt in die Sekundarstufe I bestehen, was unter anderem bei Androhungen von Sanktionen im Wiederholungsfall zum Tragen kommt.

Eine wichtige Aufgabe des SR ist die Wahl der Schulleitungen (SL) und der Lehrpersonen. Der SR ist aber auch Beschwerdeinstanz bei Entscheidungen der SL. Dabei ist auffällig, dass besonders im Kindergarten- und Primarschulbereich die Rekurse gegen Klassenzuteilungen deutlich zugenommen haben. Einerseits trauen Eltern ihren Kindern zunehmend weniger Selbständigkeit zu, andererseits muss die Gemeinde darauf achten, die Klassengrössen ökonomisch zu gestalten.

Immer wieder ist der SR auch aufgefordert, zu vermitteln und zu juristisch korrekten Lösungen zu kommen.

Der SR ist auch Entscheidungsinstanz in Schulausschlussverfahren. Meist werden Schüler und Schülerinnen vier bis acht Wochen in ein Time-Out geschickt, also vier Tage arbeiten und einen Tag eine Schule besuchen. Oft genügt die Distanz zur „Heim-



schule“, um eine Integration in die Klasse wieder zu ermöglichen. Zu Beginn meiner SR-Karriere waren es meist Schüler und Schülerinnen der 8. oder 9. Klasse, welche eine „Schulkrise“ hatten. Heute haben wir bereits Primarschul-Kinder, die ins Time-Out geschickt werden müssen.

Das Wichtigste bei meiner Arbeit im SR war mir stets, alle beteiligten Parteien anzuhören, im Wissen, dass vor allem die elterlichen Vertreter emotional stark betroffen sind, wenn es um ihre Kinder geht. Rückblickend kann ich sagen, dass ich bei meiner Arbeit viele tolle und engagierte Menschen kennengelernt habe.

Ich bedanke mich an dieser Stelle für das Vertrauen, das mir die Wählerinnen und Wähler, die Schulleitungen und meine Schulratskolleginnen und -kollegen entgegengebracht haben. Ich wünsche meiner Nachfolgerin oder meinem Nachfolger alles Gute und viel Freude an diesem Amt.

*Regula Hunziker Lenzin,
Schulratspräsidentin 2004-2016*



Die SP Birsfelden wird in den nächsten vier Jahren durch Gerarda Villani (bisher), Denise Bucher Leuthardt und Barbara Ortega (bisher) vertreten. (v.l.n.r.) Die SP bedankt sich bei den Schulrätinnen für den Einsatz!



Pragmatisch und kreativ

von Barbara Ortega, Schulrätin SP

Bei der Mitarbeit in einer Gemeinde, die sich wegen den Finanzen „nach der Decke strecken muss“, sind kreative, unkomplizierte Ideen gefragt. So erlebe ich auch die Arbeit im Schulrat.

Durch die gute Zusammenarbeit, sei es mit den Gemeindebehörden, den Kolleginnen und Kollegen des Schulrats aus verschiedensten Parteien, den Schulleitern aller Stufen und den Vertreterinnen der Lehrpersonen, lassen sich trotz unterschiedlichen Vorstellungen tragbare, pragmatische Lösungen finden. So konnten im Jahr 2013, in „minimaler Zeit“ wegen steigenden Schülerzahlen, zwei neue Kindergärten eröffnet werden, obwohl dies im Budget 2013 nicht vorgesehen war. Ebenso startete in der letzten Amtsperiode, die Anpassung der Schulstruktur aufgrund von HarmoS. Nicht nur inhaltlich bringt dies Veränderungen, auch äusserlich benötigte es kleine und grössere Umbauten und gar Schulhaus-Umzüge.

Für solche kurzfristigen und pragmatischen Aktionen ist ein perfektes Zusammenspiel zwischen den Schulhausteams, Heilpädagoginnen, diversen Behörden und Eltern gefragt. Denn eines ist ganz klar: Der Schulalltag mit unseren Hauptakteuren, den Schulkindern, muss reibungslos ablaufen. Und diese gehen gerne zur Schule in Birsfelden!

Bildungschaos

Obwohl das Stimmvolk im Kanton Baselland noch nicht vor all zu langer Zeit der Harmonisierung der Bildung deutlich zugestimmt hat, müssen wir Anfang Juni über Gesetzesänderungen abstimmen, welche die Harmonisierung wieder abschaffen wollen. Es braucht deshalb noch einmal einen klaren Ausdruck des Volkswillens zur Harmonisierung zu Gunsten unserer Schülerinnen und Schüler.

Die Bildungsharmonisierung ist im Kanton Baselland mit einer überwältigenden Mehrheit der Stimmenden angenommen worden. Dass es überhaupt so weit kommen konnte, hat auch mit einer Standesinitiative zu tun, mit welcher der Landrat verlangte, dass die Volksschule in der Schweiz harmonisiert wird. Seither gibt es immer wieder Bestrebungen, die diese Harmonisierung untergraben wollen.

Abstimmungsergebnisse werden nicht mehr ernst genommen. So soll unter anderem der gemeinsame Lehrplan der deutschsprachigen Kantone zumindest im Kanton Baselland verhindert werden. Das Bildungsgesetz wird so abgeändert, dass die Kantone in der Nordwestschweiz auseinander dividiert werden.

Diese Entwicklung muss unterbrochen werden. In erster Linie brauchen wir Lösungen, die den Schülerinnen und Schülern und ihren Familien zu gute kommen und die Grundlage für eine sehr gute Bildung bieten. Das geht bei der ganzen Diskussion vergessen. Der Eindruck, dass es nur noch um möglichst gute Lösungen für einzelne Lehrpersonen geht, ist nicht von der Hand zu weisen.

Zudem will der Lehrerinnen- und Lehrerverein Baselland mit einer Initiative Volksschulen, weiterführende Schulen und Hochschulen gegen einander ausspielen. Mit einer Initiative verlangt er, dass der Kanton zuerst bei den Fachhochschulen und den Universitäten sparen muss.

In einer Zeit, da in der ganzen Schweiz von Fachkräftemangel gesprochen wird, ist das eine absolut unsinnige Forderung. Die Volksschule ist genau so wichtig, wie die Berufsausbildung, die weiterführenden Schulen und die Hochschulen. Der Kanton hat auf jeder Bildungsstufe die notwendigen finanziellen Mittel bereit zu stellen.

Es ist die Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass alle Kinder die gleichen Chancen für eine gute Schulbildung haben. Und sie hat dafür zu sorgen, dass Familien nicht Probleme erhalten, weil sie in eine andere Region umziehen müssen. Die Mobilität in der Arbeitswelt darf unseren Kindern nicht schaden. Deshalb ist die Harmonisierung im Bildungswesen wichtig. Und genauso wichtig ist es, dass wir die nötigen Finanzen zur Verfügung stellen.

Wir dürfen aber nicht zulassen, dass die Bildungsinhalte verpolitisiert werden. Lehrpläne gehören nicht ins Parlament, dazu haben wir den Bildungsrat. Sorgen wir alle dafür, dass unser Bildungswesen nicht im Chaos endet. Sagen wir deutlich NEIN zu den Bildungsgesetzesänderungen in Sachen Lehrplan und Sammelfächern und sagen wir auch nein zu Initiativen, welche die Schulen auseinander dividieren wollen.

Regula Meschberger,
Gemeinderätin und Landrätin

www.bildungs-chaos-nein.ch